

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 25. Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates (AB/025/2018)

am Mittwoch, 18. April 2018,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:16 Uhr

Anwesend:**Vorsitzender**

Dr. Hussein Hasham Jinah

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Angelika Malberg (bis 19:10 Uhr)
 Dr. Helfried Reuther
 Kerstin Wagner
 Christine Mantu
 Gordon Engler

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

German Levenfus
 Rustam Maks
 Dr. Asad Mamedow
 Dr. Md Shahinur Rahman (bis 19:10 Uhr)
 Dr. Juri Tsoglin
 Viktor Vincze (bis 17:30 Uhr, danach entschuldigt)

Abwesend:**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Dr. Margot Gaitzsch entschuldigt
 Tina Siebeneicher entschuldigt
 Vincent Drews entschuldigt
 Jens Genschmar entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder mit Migrationshintergrund

Truong Binh Bui entschuldigt
 Maria Elena Domingo San Juan entschuldigt
 Yujie Yao entschuldigt
 Halyna Yefremova entschuldigt

Verwaltung:

Frau Schöne GB 5, Sozialamt
 Frau Winkler Integrations- und Ausländerbeauftragte
 Herr Barth Büro der Integrations- und Ausländerbeauftragten

Gäste:

Frau Modrakowski

Frau Beer

Frau Stadträtin Bischoffberger

SUFW Dresden e. V. Regionalkoordinatorin Dresden-West

dto.

i. V. Frau Stadträtin Siebeneicher

Schriftführer/-in:

Frau Richter

15.11 SG Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Lebensqualität und sinnvolle Unterbringung der Flüchtlinge nach der Auflösung der Heime GÜ Strehleener Str. 20 und IU Tryp Fritz-Reuter-Str. 21
- 2 Die touristische Infrastruktur weiter entwickeln durch eine Verbesserung des mehrsprachigen Wegeleitsystems in Dresden im Rahmen der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 **A0385/17
beratend**
- 3 Festlegungskontrolle, Informationen und Sonstiges
 - 3.1 Öffentlichkeitsarbeit
 - 3.1.1 Sachstand Aktualisierung Beiratsvorstellung auf Dresden.de
 - 3.1.2 Pflege der Facebook-Seite des Beirates
 - 3.1.3 Termine unter Beteiligung des Integrations- und Ausländerbeirates
 - 3.2 Weitere Festlegungskontrollen
 - 3.2.1 Fachstelle zum Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie und gegen Rassismus – Sachstand
 - 3.2.2 Auswertung Internationale Wochen gegen Rassismus
 - 3.2.3 Fortbildung des Beirates
 - 3.2.4 Zusammen- bzw. Mitarbeit mit anderen Gremien
- 3.3 Tagesordnung der nächsten Sitzung am 6. Juni 2018
- 3.4 Sonstige Informationen

Nicht öffentlich

- 4 Festlegungskontrolle, Informationen und Sonstiges

Öffentlich

Herr Dr. Jinah eröffnet und leitet die Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirates. Er stellt die Beschlussfähigkeit bei 12 Mitgliedern sowie die form- und fristgemäße Ladung fest. Danach gibt er einen Überblick über die Tagesordnung, die von Seiten der Mitglieder einvernehmlich bestätigt wird. In dem Kontext erteilen die Mitglieder auch den anwesenden Gästen bei Bedarf Rederecht.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde tritt der Integrations- und Ausländerbeirat in die Tagesordnung ein.

1 **Lebensqualität und sinnvolle Unterbringung der Flüchtlinge nach der Auflösung der Heime GÜ Strehleener Str. 20 und IU Tryp Fritz-Reuter-Str. 21**

Frau Schöne, Sozialamt, berichtet, die eigentlichen Verträge für die Heime auf der Strehleener und der Fritz-Reuter-Straße laufen bis Mitte Dezember 2018. Aufgrund verschiedener Umstände sei entschieden worden, zumindest das Heim auf der Fritz-Reuter-Straße (Tryp-Hotel) schon eher, bis zum 30. Juni 2018, leerzuziehen. Der Leerzug werde in insgesamt sieben Etappen durchgeführt. Zwei davon seien bereits gelaufen. Etwa 40 Personen seien bisher anderweitig untergebracht worden, davon ein Teil im Heim auf der Heidenauer Straße, welches seit 1. April 2018 als sogenanntes Clearingheim betrieben werde. Für diese Personen werde die Notwendigkeit gesehen, nochmals ein Clearing durchzuführen. In dem Heim auf der Heidenauer Straße werden ansonsten der Stadt Dresden neu zugewiesene Personen (alleinstehende Männer) untergebracht. Familien mit Kindern, Alleinerziehende sowie besonders Schutzbedürftige seien davon ausgenommen. Diese werden bei Neuzuweisung direkt in geeigneten Wohnungen, Wohngemeinschaften o. ä. untergebracht.

In der Zeit bis Mitte Juni 2018 werde das Heim auf der Fritz-Reuter-Straße in weiteren Etappen leergezogen. Die Bewohner werden auf den Auszug vorbereitet. Das Sozialamt arbeite eng mit den Mitarbeitern des Malteser Hilfsdienstes zusammen, die bisher die soziale Betreuung der Bewohner übernommen haben. Diese bringen unter Berücksichtigung möglicher Bedarfe auch Vorschläge für eine Folgeunterbringung. Die Unterbringung erfolge im Rahmen der Kapazitäten, die dem Amt zur Verfügung stehen, in schon bestehenden Wohngemeinschaften oder kleineren Heimen. Die jeweils zuständigen Träger der sozialen Betreuung werden über die Neuzugänge informiert.

Die etappenweise Räumung des Heimes auf der Strehleener Straße (Days Inn) werde im 2. Halbjahr 2018 folgen. Dazu stehen noch keine Details fest.

Die Frage von **Herrn Dr. Mamedow**, ob es nach der Auflösung der beiden Heime noch Heime geben werde, wo keine Kochmöglichkeit gegeben sei, bejaht **Frau Schöne**. Im Heim „Prinz Eugen“ in Laubegast bestehe keine Kochmöglichkeit.

Frau Beer, Regionalkoordinatorin Dresden-West, fragt, wie viele Personen in den beiden aufzulösenden Heimen untergebracht seien sowie wie die Verteilung auf Heime und Gewährleistungswohnungen erfolge.

Ende März 2018 seien im Heim auf der Fritz-Reuter-Straße etwa 130 Personen untergebracht gewesen, so **Frau Schöne**, und im Heim auf der Strehleener Straße rund 200 Personen.

Der Verteilung der Personen liege der Stadtratsbeschluss zugrunde, wonach die Prämisse 2/3 zu 1/3 weiter gelte.

- | | | |
|----------|--|------------------------------|
| 2 | Die touristische Infrastruktur weiter entwickeln durch eine Verbesserung des mehrsprachigen Wegeleitsystems in Dresden im Rahmen der Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 | A0385/17
beratend |
|----------|--|------------------------------|

Frau Stadträtin Wagner bringt den Antrag ein.

Herr Dr. Tsoglin fragt, wo die Thematik aktuell in der Verwaltung bearbeitet werde.

Frau Stadträtin Wagner führt aus, dass sich darum das Kulturamt, auch im Zusammenhang mit der Bewerbung als Kulturhauptstadt 2025, kümmere.

Herr Dr. Tsoglin berichtet, dass sein Verein vor fast zehn Jahren im Auftrag des damaligen Beigeordneten für Wirtschaft, Herrn Bürgermeister Hilbert, ein Projekt zum wissenschaftlichen Tourismus mit dem Namen „Ausländische Wissenschaftler erleben Dresden“ entwickelt habe. Es sei das Potenzial von Dresden untersucht worden. Man habe 33 wissenschaftliche Orte gefunden, die für Personen, die als Wissenschaftler nach Dresden kommen, interessant seien. Die Ergebnisse des Projektes seien 2010/2011 dem Amt für Wirtschaftsförderung übergeben worden. Er findet es schade, dass die Ergebnisse nach seiner Kenntnis nie genutzt und publik gemacht worden seien.

Frau Stadträtin Malberg konstatiert, dass das Ansinnen des Antrages nichts Neues sei. Der Antrag sei plausibel und sinnvoll, weshalb er von ihrer Seite unterstützt werde. Der Verwaltung sei es unbenommen, dass sie sich auf Dinge besinne, die schon gelaufen seien, wie das von Herrn Dr. Tsoglin genannte Projekt.

Auf die Rückfrage von **Herrn Vincze** antwortet **Frau Stadträtin Wagner**, dass sie davon ausgeht, dass im Rahmen der Erarbeitung des Konzeptes auch die Nutzung der neuen Medien einbezogen werde.

Des Weiteren bittet **Frau Stadträtin Wagner**, ihr das von Herrn Dr. Tsoglin angesprochene Konzept zur Verfügung zu stellen, damit sie es dem betreffenden Bereich übergeben könne, um es in die Erarbeitung einfließen zu lassen. **Herr Dr. Tsoglin** sagt das zu.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. **Herr Dr. Jinah** bringt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung Ja 12 / Nein 0 / Enthaltung 0

3 Festlegungskontrolle, Informationen und Sonstiges

3.1 Öffentlichkeitsarbeit

3.1.1 Sachstand Aktualisierung Beiratsvorstellung auf Dresden.de

Frau Winkler informiert, dass sich Frau Domingo vor etwa drei Wochen den Ausdruck von dresden.de sowie die Korrekturhinweise zurarbeiten lassen habe. Das Produkt der Überarbeitung sollte dann an das Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten zur Änderung weitergereicht werden. Das sei noch nicht erfolgt.

Herr Dr. Jinah sagt zu, Frau Domingo dazu zu kontaktieren.

Festlegung:

Die Thematik verbleibt in der Wiedervorlage und die Überarbeitung ist schnellstmöglich vorzunehmen.

Verantwortlich:	Frau Domingo
Termin:	schnellstmöglich
Wiedervorlage:	Sitzung des Integrations- und Ausländerbeirat am 6. Juni 2018

3.1.2 Pflege der Facebook-Seite des Beirates

Frau Stadträtin Wagner informiert, dass entsprechend der Festlegung aus der vergangenen Sitzung jedes Mitglied, welches den Facebook-Auftritt nutzen möchte, als Administrator eingetragen werden und die Seite mitgestalten könne.

Auf die Bitte von **Herrn Dr. Jinah**, dass **Frau Stadträtin Wagner** hauptverantwortlich für die Seite sei, bestätigt sie, dass sie alles, was auf dieser Seite gepostet werde, lese.

Herr Dr. Rahman findet das Profilbild der Seite nicht gut und schlägt vor, es zu ändern.

Frau Stadträtin Wagner merkt an, dass eine professionelle Gestaltung eine finanzielle Frage sei. Außerdem gebe es die Seite schon längere Zeit und sei von anderen Mitgliedern gestaltet worden. Sie schlägt vor, gemeinsam zu schauen, wie die Seite ohne viel Aufwand verbessert werden könne. Das findet die einvernehmliche Zustimmung der Mitglieder.

3.1.3 Termine unter Beteiligung des Integrations- und Ausländerbeirates

Herr Dr. Jinah berichtet Folgendes:

1. Gedenken an Gorge Gomondai

Das Gedenken habe bereits am 6. April 2018 mit einer Blumenniederlegung und der Aufführung eines Theaterstücks stattgefunden.

2. Gedenken an Marwa El-Sherbini

Die Blumenniederlegung erfolge am Sonntag, den 1. Juli 2018, vor dem Landgericht. Im Anschluss finde in ein öffentliches Treffen mit der Autorin Manuela Rietz statt, die ein Buch über ihre eigene deutsch-afrikanische Biografie geschrieben habe. Im dem Zusammenhang sei der Integrations- und Ausländerbeirat angefragt worden, das Honorar der Autorin zu übernehmen.

Eine aktuelle Übersicht des noch zur Verfügung stehenden Honorars sei abgefordert. Auch sei zu berücksichtigen, dass noch andere Ausgaben anstehen, wie die politische Bildungsveranstaltung des Beirates.

3. Interkulturelle Tage 2018

Der Vorsitzende habe den Beirat für das Straßenfest bereits angemeldet. Das sei nötig geworden, um die Anmeldefrist einzuhalten.

Außerdem werde sich der Beirat am 17. September 2018 im Neuen Rathaus präsentieren und über seine Aufgaben sowie seine Arbeit (auch im Kontext antirassistischer Arbeit) informieren. Die entsprechende Anmeldung sei ebenfalls bereits erfolgt, um die Frist zu wahren.

3.2 Weitere Festlegungskontrollen

3.2.1 Fachstelle zum Lokalen Handlungsprogramm für Demokratie und gegen Rassismus – Sachstand

Herr Dr. Jinah verliest die Mitteilung der Referentin für Demokratie und Zivilgesellschaft, Frau Dr. Günther:

„Es gab Anfang des Jahres eine ‚kleine Ausschreibung‘. Sechs Träger, die starkes Interesse bekundeten oder vom federführenden Amt für geeignet gehalten wurden, sind aufgefordert worden, eine Bewerbung nebst Konzept für die Umsetzung der externen Fachstelle einzureichen. Nur zwei Träger ... haben sich beworben. Nach der Bewertung der Bewerbungen durch eine Jury

aus Mitarbeitenden des federführenden Amtes und einem Vertreter des Begleitausschusses und nach Rücksprache mit dem Rechtsamt wurden die Bewerbungen beider Träger abgelehnt.

Außerdem fördert das Bundesprogramm "Demokratie leben" die Stadt Dresden zunächst nur bis Mitte Juni. Für die Zeit danach wurde bisher nur mündlich eine Verlängerung bis September 2018 in Aussicht gestellt. Das liegt an der noch lang andauernden Haushaltsplanung des zuständigen Ministeriums. Für die Zeit zwischen Oktober und Dezember 2018 gibt es noch keine konkrete Aussage seitens des Bundesprogramms. Diese Bedingungen erschweren die Planungen für eine bei einem freien Träger angesiedelte Fachstelle erheblich.

Aus diesen Gründen plant die Landeshauptstadt, die externe Fachstelle 2018 verwaltungsintern einzurichten. Das Bundesprogramm "Demokratie leben!" lässt diese Regelung zu. Es ist geplant, mindestens eine halbe Stelle (voraussichtlich noch im April/ Mai) intern einzurichten. Die Mitarbeiterin soll außerdem durch ein bis zwei Honorarkräfte unterstützt werden. Eine der Honorarkräfte soll bereits ab dem 13.04.2018 für die LHP-Fachstelle tätig sein. Die Mittel, die seitens des Bundesprogramms für die Ko-Finanzierung der externen Fachstelle eingeplant waren, können zum Großteil umgewidmet werden und zum Beispiel für die Projektförderung eingesetzt werden.“

Frau Winkler berichtet, dass Frau Dr. Günther zwar in ihrem Büro mitgearbeitet habe, aber strukturell zum Bürgermeisteramt gehöre. Aufgrund der Veränderung werde Frau Dr. Günther in der Übergangszeit noch eng mit dem Büro der Integrations- und Ausländerbeauftragten zusammenarbeiten. Ferner werde sie einige Themen (wie die Internationalen Wochen gegen Rassismus) fortführen. Aufgrund der geschilderten Sachlage werde im Bürgermeisteramt eine neue Abteilung gegründet, die die Thematik des LHPs koordiniere. Frau Winkler werde vor allem in der Übergangszeit noch unterstützend tätig sein. Ausschließliche Ansprechpartnerin für Fragen des LHPs sei aber ab sofort Frau Dr. Günther.

3.2.2 Auswertung Internationale Wochen gegen Rassismus

Frau Winkler informiert, dass ein vielfältiges Programm mit über 140 Veranstaltungen geboten worden sei. Die Eröffnungsveranstaltung am 12. März 2018 sei sehr gut besucht worden. Neben dem Stiftungsrat sei u. a. der Sächsische Ministerpräsident zugegen gewesen. Trotz aller Herausforderungen sei die Veranstaltung gelungen. Erstmals sei auch die Werbung über Citylight-Plakate genutzt worden.

Die Veranstaltungen seien nach den Rückmeldungen aus ihrem Büro und anderen Teilnehmern gut besucht worden. Gleiches gelte für die Abschlussveranstaltung zum Gedenken an Gorge Gomondai. Insofern sei sie insgesamt mit der Durchführung der Wochen gegen Rassismus zufrieden. Man habe sich jedes Jahr gesteigert und als Stadt mehr Kooperationspartner gewonnen.

Herr Stadtrat Dr. Reuther teilt die Einschätzung von Frau Winkler bezüglich der Eröffnungsveranstaltung nicht. Er habe sie als nicht gelungen empfunden (Organisation nicht ausreichend, längere Dauer als geplant, Moderatoren überfordert, Störung durch Gegner der Integration). Dies sei nicht nur seine Einschätzung, sondern auch die anderer Teilnehmer.

Frau Winkler räumt ein, dass die Einschätzung sicherlich unterschiedlich aufgenommen worden sei. Die Feedbacks seien insgesamt positiv gewesen. Sie bestätigt, dass die Dauer zu lang gewesen sei. Das sei den Unterbrechungen durch die Störungen geschuldet gewesen, zum anderen haben Teilnehmer am Mikrofon ihre Zeitangaben für ihre Redebeiträge großzügig ausgelegt. Das seien Dinge, die man im Vorfeld nur schwer ausschließen könne. Sie gibt Herrn Stadtrat Dr. Reuther recht, dass das bei einer professionellen Veranstaltung nicht unbedingt passieren sollte. Sie habe aber von Gästen auch Verständnis erfahren, wenn man in dieser Stadt eine Veranstaltung mit diesem Thema durchführe.

Im Vorfeld sei diskutiert und final entschieden worden, von dieser Veranstaltung niemanden auszuschließen. Die Herausforderung habe darin bestanden, das zu managen. Der Stiftungsvorsitzende und die Partnerorganisationen haben berichtet, dass sie zu dem Thema schon deutlich chaotischere Veranstaltungen erlebt haben. Sie seien froh gewesen, dass durch die zivilgesellschaftlichen Kräfte die Balance in der Veranstaltung gehalten worden sei.

3.2.3 Fortbildung des Beirates

Frau Stadträtin Wagner verweist auf den ausgereichten Entwurf des Ablaufplans für das Seminar am 5./6. Mai 2018. Das Seminar sei für alle Beiratsmitglieder geplant. Der Ablaufplan enthalte unter dem jeweiligen Punkt „Aufgaben“ zwei Vorschläge.

Vorschlag eins beinhalte den Vorschlag seitens des Vorbereitungsteams, also gemeinsame Themen zu finden, die in die parlamentarische Arbeit des Stadtrates einfließen sollen. Vorschlag zwei habe die Moderatorin angeboten. Diese finde es sinnvoller, gemeinsame Arbeitsstrukturen zu entwickeln, die die Arbeit des Integrations- und Ausländerbeirates wirkungsvoller machen.

Frau Stadträtin Wagner sei mit der Moderatorin so verblieben, dass sie das nicht entscheiden könne. Es sei eine Veranstaltung des Beirates. Sie sieht die Veranstaltung als eine Möglichkeit, dass die Mitglieder mit Migrationshintergrund zusammenkommen und Dinge entwickeln. Dabei betrachtet sie sich als Unterstützerin dessen.

Da heute etliche Mitglieder entschuldigt seien, schlägt sie vor, den Plan per E-Mail zu versenden und abzufragen, was die Mehrheit möchte.

Herr Dr. Jinah teilt mit, dass er für dieses Treffen einen weiteren Referenten vorgesehen habe, nämlich den Vorsitzenden des Bundesintegrations- und -zuwanderungsrates, Herrn Fischer. Er plane seine Teilnahme für Sonntag, den 6. Mai 2018. Dafür würde ebenfalls Honorar anfallen.

Frau Stadträtin Wagner erklärt, dass die Referentin einen Stundensatz von 35 Euro berechne und 12 Stunden angesetzt habe, 8 Stunden für die Tagung, 1 Stunde Vorbereitung und 3 Stunden für die Nachbereitung/Protokoll. In Summe betragen die Kosten 420 Euro.

Die Tagung könnte in den Räumlichkeiten der Wir-AG (Martin-Luther-Straße 21) oder im Rathaus stattfinden. Welcher Ort es werde, stimme sie mit der Referentin noch ab.

Das Vorgehen wird von den Mitgliedern des Integrations- und Ausländerbeirates einvernehmlich bestätigt.

Bezüglich der Verpflegung bietet **Herr Dr. Tsoglin** die Unterstützung des KIW e. V. an. Dazu findet in Vorbereitung der Klausur eine bilaterale Absprache mit Frau Stadträtin Wagner statt.

Herr Dr. Jinah empfiehlt insbesondere den Mitgliedern mit Migrationshintergrund dringend die Teilnahme an der Sitzung, weil das für ihre politische Bildung von großer Bedeutung sei. Die Dokumentation dieser Fortbildung sieht er als Arbeitsgrundlage für den nachfolgenden Beirat, der im kommenden Jahr gewählt werde.

Herr Dr. Tsoglin ergänzt, dass für ihn die Teilnahme aller Beiratsmitglieder, auch von den politisch erfahrenen Stadträten, wichtig sei. Das bekräftigt **Herr Dr. Jinah**. Es seien alle Beiratsmitglieder recht herzlich zu dieser Tagung eingeladen.

3.2.4 Zusammen- bzw. Mitarbeit mit anderen Gremien

1. Sitzung der AG "VERNETZUNG DER SÄCHSISCHEN AUSLÄNDER- UND MIGRANTENBEIRÄTE" am 9. März 2018 in Leipzig

Herr Maks berichtet, dass sich Vertreter der Ausländer- und Migrantenbeiräte Sachsens (Chemnitz, Leipzig, Dresden und Zittau) getroffen haben. Sie haben als Hauptziel die Gründung eines Ausländer- und Migrantenbeirates auf Landesebene formuliert. Er übergibt den Mitgliedern dazu schriftliche Informationen und bittet, dass sie ihm dazu ihre Meinung zuzuarbeiten.

Herr Dr. Jinah ergänzt, dass die Initiative der Gründung eines sächsischen Gremiums auf die Ausländerbeauftragte sowie den Migrantenbeirat von Chemnitz zurückgehe. Dieses Gremium auf Landesebene solle die Schnittstelle zwischen den einzelnen kommunalen Ausländer- und Migrantenbeiräten und dem Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) sein. Der BZI befasse sich mit allen Fragen und Problemen der Integration und der einzelnen Ausländer- und Migrantenbeiräte. Gleichzeitig arbeite er daran, auf dem Gebiet Beschlüsse auf Bundesebene zu erwirken.

Mit der Gründung eines sächsischen Gremiums solle auch ein Vertreter in den BZI entsandt werden, der die sächsischen Angelegenheiten transportiere. Der BZI habe eine Geschäftsstelle und erhalte dafür Mittel vom Bundesamt für Flüchtlinge und Migration. Er werde vom Bundestag als Vertretung aller Gremien auf den kommunalen und Landesebenen wahrgenommen.

Auf kommunaler Ebene eine Vernetzung zu erreichen, sei sehr schwierig. Mit der Vernetzung stehe man am Anfang. Die Satzungen der einzelnen Beiräte unterscheiden sich. Auch haben die sächsischen Beiräte unterschiedliche Ansichten, Arbeitsweisen etc.

Ein Beirat nach Sächsischer Gemeindeordnung, wie der Integrations- und Ausländerbeirat Dresden, sei ein politisches Gremium. Er sei keine Migrationsberatungsstelle, wie sich offenbar andere Ausländerbeiräte verstehen. Migrationsberatung übernehmen die entsprechenden Vereine mit ihrem geschulten Personal. Gleiches gelte für die Durchführung von Projekten. Diese Un-

terscheidung ist Herrn Dr. Jinah wichtig. In der Einwanderungs- und Migrationsgesellschaft sei es unabdingbar, dass den Beiräten eine große Bedeutung beigemessen werde und eine Unterstützung und Anerkennung auf politischer Ebene erfahre.

Der Integrations- und Ausländerbeirat Dresden sei bei den Interkulturellen Tagen, bei Gedenktagen sowie bei antirassistischen Veranstaltungen vertreten und präsentiere seine Arbeit in der Öffentlichkeit.

Er betont, dass sich Herr Maks in die Materie einarbeite und an den Treffen auf sächsischer Ebene sowie auf Bundesebene teilnehme.

Herr Dr. Tsoglin bestätigt die Bedeutung des Integrations- und Ausländerbeirates Dresden. Gleichzeitig spricht er für ein sächsisches Gremium auf dem Gebiet, um auch auf Landesebene und darüber hinaus zu agieren.

2. Sitzung des Hauptausschusses des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates am 25. März 2018 in Nürnberg

Herr Maks informiert, dass der BZI ein Zusammenschluss der Ausländer- und Migrantenbeiräte auf Bundesebene sei. Derzeit sei der Integrations- und Ausländerbeirat Dresden der einzige sächsische Vertreter in dem Gremium.

Inhalt der Sitzung des Hauptausschusses des BZI im März 2018 seien die Integration und bundesweite Probleme in diesem Zusammenhang gewesen.

3.3 Tagesordnung der nächsten Sitzung am 6. Juni 2018

Herr Dr. Jinah informiert, dass folgende Tagesordnungspunkte bereits für die nächste Sitzung nach dem heutigen Stand fixiert seien:

1. V2155/18 – Fortschreibung Fachplan Kita für das Schuljahr 2018/2019
Zuständig: Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen
 2. V2312/18 – Friedhofsentwicklungskonzept
Zuständig: Geschäftsbereich Umwelt und Kommunalwirtschaft
 3. V2177/18 – Integriertes Stadtentwicklungskonzept "Zukunft Dresden 2025+" - Fortschreibung 2017
Zuständig: Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
 4. Sachstand der Konzeptüberarbeitung des Deutsch-russischen Kulturinstituts
Hinzugezogen: Geschäftsbereich Kultur und Tourismus, Amt für Kultur und Denkmalschutz
-

Vorschläge der Beiratsmitglieder:

Einladung der Ausländerbehörde

Herr Levenfus greift die reduzierten Öffnungszeiten der Ausländerbehörde auf, die bereits in der letzten Sitzung thematisiert worden seien. Inzwischen habe sich die Situation sogar verschlechtert. Vor Ostern und nach Ostern sei neben den verkürzten Öffnungszeiten der Ausländerbehörde auch noch die Pass- und Meldestelle nur eingeschränkt erreichbar gewesen. Eine Besserung der Situation in der Ausländerbehörde habe er nicht festgestellt, zumal die Urlaubszeit der Mitarbeiter/-innen erst beginne. In dem Zusammenhang bemängelt er die Freundlichkeit der Mitarbeiter. Er schlägt vor, zur nächsten Sitzung das Bürgeramt einzuladen.

Herr Dr. Rahman bestätigt die Schwierigkeiten auch für das Welcome-Center der Ausländerbehörde, kurzfristig einen Termin zu erhalten. Die mangelnde Freundlichkeit sei ebenfalls ein Thema.

Frau Schöne gibt zu bedenken, dass zum 1. April 2018 die Einführung der Wohnsitzauflage erfolgt sei und damit sei jeder anzuhören. Vielleicht könne das auch dazu geführt haben, dass dort ein erhöhter Arbeitsaufwand angefallen sei, der nicht unbedingt durch neu eingestellte Mitarbeiter kompensiert werden könne.

Herr Dr. Mamedow greift die von Frau Schöne erwähnte Einführung der Wohnsitzauflage auf, die die Ausländerbehörde viel beschäftigen werde. Er regt an, dass die Ausländerbehörde in der nächsten Sitzung auch zu diesem Thema berichte.

Frau Winkler erinnert in dem Zusammenhang an die offene Thematik der Überarbeitung der Wahlordnung des Ausländerbeirates. Die Information des Sachstandes der Überarbeitung sei ein weiteres Thema, zu welchem berichtet werden könne.

Herr Maks spricht die Regelungen zum Aufenthalt von Wissenschaftlern und Studierenden an, die hier bleiben und arbeiten wollen. Sie könnten nicht sofort eine Aufenthaltserlaubnis beantragen.

Herr Dr. Jinah verweist auf die Ausländerbehörde, die dafür Spezialisten habe. Er berichtet von einem kürzlich stattgefundenen Gespräch dazu. Der Aufenthalt während des Studiums sei zweckgebunden. Danach habe man innerhalb einer jeweils gesetzlich festgelegten Frist die Möglichkeit, in seinem abgeschlossenen Studium in der Fachrichtung eine Tätigkeit zu finden. Nach Fristablauf sei es für die Ausländerbehörde schwierig, eine Ermessensentscheidung zu treffen. In der Praxis bereite es Schwierigkeiten, wenn medizinisches Personal als Sprachstudent einreise und danach im medizinischen Bereich habilitieren wolle. Damit ändere sich der Zweck des Aufenthalts. Anhand eines ausländischen Arztes schildert er den Sachverhalt. Er rät zu einem Perspektivwechsel aus Sicht hiesiger Absolventen, die gleichfalls Stellen suchen. Gleichzeitig gehen die Absolventen, ausländische wie deutsche, dahin, wo es Arbeit gebe.

Herr Dr. Tsoglin und Herr Dr. Rahman erörtern die gesetzlichen Regelungen in §§ 17 und 18 Aufenthaltsgesetz. Herr Dr. Rahman legt dabei einen Einzelfall dar, der im Integrations- und Ausländerbeirat nicht zu klären ist. Er erklärt, dass die unterschiedliche Verfahrensweise in den ein-

zelen Bundesländern nicht nachvollziehbar sei und dazu führe, dass ausländische Absolventen, die in Sachsen studiert haben, in andere Bundesländer gehen.

Herr Dr. Jinah nimmt den Wunsch auf, auch zum Thema des Aufenthaltsrechts ausländischer Absolventen nach einer Ausbildung bzw. einem Studium seitens der Ausländerbehörde informiert zu werden.

Herr Dr. Jinah hält im Einvernehmen mit dem Beirat Folgendes fest:

Die Ausländerbehörde wird zu folgenden Themen zur nächsten Sitzung eingeladen:

- *Sachstand zur Einführung der Wohnsitzauflage*
- *Schwierigkeiten bei der Erreichbarkeit und den Öffnungszeiten der Ausländerbehörde (auch Welcome-Center)*
- *Sachstand der Überarbeitung der Wahlordnung des Ausländerbeirates*
- *Aufenthaltsrechts ausländischer Absolventen nach einer Ausbildung bzw. einem Studium*

3.4 Sonstige Informationen

1. Integrationspreis 2018

Frau Winkler berichtet, dass heute die Pressekonferenz mit Frau Bürgermeisterin Dr. Kaufmann zum Aufruf für die Bewerbung für den Integrationspreis 2018 erfolgt sei. Bis zum 8. Juni 2018 können sich Vereine, Initiativen, Unternehmen etc. bewerben oder auch vorgeschlagen werden. Unter www.dresden.de/integrationspreis seien die Details für eine Bewerbung nachzulesen. Der Preis werde am 6. Oktober 2018 als Abschlussveranstaltung der Interkulturellen Tage vergeben.

2. Qualität der Deutschkurse

Herr Dr. Mamedow schlägt vor, in der Sitzung nach der Sommerpause die Effizienz der Deutschkurse bei zugelassenen zertifizierten Bildungsträgern zu thematisieren. Ihm sei berichtet worden, dass die Qualität der Kurse sehr differiere. Auch die Durchfall-/Erfolgsquote sei sehr verschieden. Allerdings könne die Quote kein alleiniges Qualitätskriterium sein, da die Teilnehmer unterschiedliche Voraussetzungen mitbringen.

Frau Winkler informiert, dass es im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Ansprechpartnerin gebe, die dazu eingeladen werden könnte. Im BAMF liegen die Informationen zu den Erfolgszahlen vor. Auch zur Entwicklung der Prüfungsergebnisse müsste das BAMF Auskunft geben können.

Herr Dr. Jinah nimmt das Thema für die übernächste Beiratssitzung auf.

3. Sitzungsunterlagen für den Integrations- und Ausländerbeirat

Frau Richter informiert, dass sie kürzlich die Beiratsmitglieder, die per Post geladen werden, abgefragt habe, ob sie eine umfangreiche Vorlage als Papier oder CD haben wollen. Nun wurde eine weitere umfangreiche Vorlage angekündigt. Sie fragt, ob sie für diese Vorlage die Meldung analog anwenden kann.

Das findet die Zustimmung der Beiratsmitglieder.

Weiterer Beratungsbedarf besteht nicht. Nicht öffentliche Themen liegen nicht zur Beratung vor. **Herr Dr. Jinah** schließt die Sitzung.

Dr. Hussein Hasham Jinah
Vorsitzender

Kerstin Wagner
Stadträtin

Gordon Engler
Stadtrat

Manuela Richter
Schriftführerin